



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 6. Sitzung, Amtsjahr 2008-2009

Donnerstag, den 26. Juni 2008, um 09:00 Uhr

Vorsitz: *Roland Stark, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin

Abwesende:

26. Juni 2008, 09:00 Uhr *Ugur Camlibel (Grünes Bündnis), Tommy Frey (SVP), Alexander Gröflin (SVP), Anita Heer (SP), Eduard Rutschmann (SVP), Tobit Schäfer (SP), Helen Schai (CVP), Francisca Schiess (SP), Gisela Traub (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

40.	Dringliche Interpellation Beat Jans betreffend Fichierung von Mitgliedern des Grossen Rates	2
26.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Urs Müller und Konsorten betreffend Einführung von Open-Source (z.B. Linux) in der Kantonalen Verwaltung.	5
27.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Einführung eines ÖV-Fonds.	5
30.	Beantwortung der Interpellation Nr. 42 Patrizia Bernasconi betreffend neue IWB Praxis.	6
31.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ruth Widmer und Konsorten betreffend Aufwertung von Hinterhöfen durch mehr Grünflächen.	6
32.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Kaufmann und Konsorten betreffend Löschwasserversorgung in Basel-Stadt.	6
33.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend umfassendes Verkehrskonzept für die Quartiere Klybeck und Kleinhüningen.	7
34.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kurt Bachmann und Konsorten betreffend Verkehrsprobleme und fehlender Planung in Kleinhüningen unter Berücksichtigung der Erschliessung und Nutzung weiterer Industrie- und Hafenable und der rasanten Entwicklung des grenzüberschreitenden Güterschwerverkehrs.	7
35.	Beantwortung der Interpellation Nr. 40 Daniel Stolz betreffend neuer Cluster in Basel dank neuen Technologien wie CSS.	7

- | | | |
|-----|---|---|
| 36. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend neues Integrationsmodell "Supported Employment". | 8 |
| 37. | Beantwortung der Interpellation Nr. 32 Maria Berger-Coenen betreffend Zulassungsbestimmungen an der Pädagogischen Hochschule der FHNW. | 8 |
| 38. | Beantwortung der Interpellation Nr. 37 Hasan Kanber betreffend Verkehrssituation an Autobahnzollämtern bzw. neuralgischen Verkehrsknotenpunkten, insbesondere Autobahnzollamt Basel-Weil am Rhein - Auswirkungen von neuen Zollrichtlinien im internationalen Güterverkehr. | 8 |
| 39. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend periodischer Überprüfung von Gesetzen, Vorschriften, Regelungen etc. | 9 |

40. Dringliche Interpellation Beat Jans betreffend Fichierung von Mitgliedern des Grossen Rates

[26.06.08 09:04:00, 08.5201.01, NIM]

Der Grosse Rat hat die Interpellation Beat Jans betreffend Fichierung von Mitgliedern des Grossen Rates an seiner Sitzung vom 25. Juni 2008 für dringlich im Sinne von § 40 der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung erklärt. Sie wird heute mündlich beantwortet.

Voten: *Beat Jans (SP)*

Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD): In ihrem Bericht vom 18. Juni 2008 weist die Geschäftsprüfungskommission des Kantons Basel-Stadt darauf hin, dass der Dienst für Analyse und Prävention (DAP) des EJPD Daten betreffend sechs Mitgliedern des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt bearbeitet. Der Regierungsrat hält fest, dass auf Grund von Art. 3 Abs 1 BWIS die Sicherheitsorgane des Bundes nur bei begründetem Verdacht, dass Personen die Ausübung politischer Rechte als Vorwand nehmen, um terroristische, nachrichtendienstliche und gewalttätig extremistische Tätigkeiten vorzubereiten oder durchzuführen, über diese Personen Informationen bearbeiten dürfen. Angesichts der politischen Brisanz wünscht der Regierungsrat eine umfassende Information und Aufklärung durch die Bundesbehörden. Würde sich die Vermutung erhärten, dass die Bundesbehörden ausserhalb des von Art. 3 BWIS klar vorgegeben Rahmens über Mitglieder unserer Legislative Informationen gesammelt haben, wäre dies für den Regierungsrat inakzeptabel.

Der Staatsschutz ist gemäss dem Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) eine Bundesaufgabe. Die Kantone leisten dem Bund in diesem Bereich Amts- und Vollzugshilfe, d.h. sie arbeiten im Auftrag des Bundes. Die Kantone bestimmen die Behörde, die beim Vollzug dieses Gesetzes mit dem Bundesamt zusammenarbeitet. Der Bund finanziert die Aufgabenerfüllung durch die Kantone. Da die Kantone im Auftrag des Bundes arbeiten, unterstehen sie hierfür auch der Verantwortlichkeit gegenüber dem Bund und dem Datenschutzrecht des Bundes. Das BWIS legt fest, dass die Kantone die Daten, die sie beim Vollzug des Gesetzes erhalten, nach den Bestimmungen des Bundes bearbeiten. Sie müssen sie dabei getrennt von kantonalen Daten aufbewahren.

Im Kanton Basel-Stadt wird diese Aufgabe durch die Fachgruppe 9 der Staatsanwaltschaft ausgeführt. Diese Abteilung ist damit formell in die Staatsanwaltschaft eingegliedert, erfüllt aber eine Bundesaufgabe und ist auch gegenüber dem Bund rechenschaftspflichtig. Die Fachgruppe 9 sammelt gemäss der vom Bund vorgegebenen Beobachtungsliste Informationen über Organisationen und bietet diese Daten dem Dienst für Analyse und Prävention des Bundesamts für Polizei an. Die Beobachtungsliste wird den Kantonen zur Kenntnis gebracht. Der Bund entscheidet im Folgenden, ob er diese Informationen übernehmen will oder nicht. Übernimmt er sie nicht, werden sie im Kanton gelöscht, andernfalls gehen sie an den Bund über.

Wie sich auch aus den Ausführungen der GPK im Bericht für das Jahr 2007 zum Verwaltungsbericht des Regierungsrates ergibt, übt sie zusammen mit dem kantonalen Datenschutzbeauftragten als kantonales Kontrollorgan im Sinne der Verordnung zum BWIS die Oberaufsicht über den kantonalen Staatsschutz aus. Die GPK überprüft dabei zusammen mit dem kantonalen Datenschutzbeauftragten gemäss BWIS, ob die kontrollierten Verwaltungsabläufe den massgebenden Rechtsvorschriften entsprechen, namentlich, ob die Daten zur Wahrung der inneren Sicherheit von übrigen polizeilichen Informationen getrennt bearbeitet werden. Der Regierungsrat ist entsprechend dieser Struktur nicht in die Kontrolle involviert und über die entsprechenden Tätigkeiten auch nicht informiert.

Zur Frage 1. (*Wie stellt sich der Regierungsrat zu der Tatsache, dass vom Volk gewählte Mitglieder des Grossen Rates vom Staatsschutz überwacht werden ?*)

Aufgrund der Informationen, wie sie im Bericht der GPK aufgrund der Auskünfte durch die Fachgruppe 9 an die GPK zu finden sind, wurde dem Nachrichtendienst des Bundes von der Fachgruppe 9 der Staatsanwaltschaft aufgrund der bestehenden Beobachtungsliste, auf der auch die PKK steht, die Tatsache mitgeteilt, dass in deren Parteiorgan bzw. einem dieser Partei nahe stehenden Organ über die Wahl von kurdischstämmigen Personen in das Parlament des Kantons Basel-Stadt berichtet worden sei.

Sollten, wie in der Interpellation ausgeführt, tatsächlich Daten von Mitgliedern des Grossen Rates vom Dienst für Analyse und Prävention des Bundesamts für Polizei ausserhalb des von Art. 3 BWIS klar vorgegeben Rahmens bearbeitet werden, wäre dies für den Regierungsrat selbstverständlich untragbar und nicht tolerierbar. Informationen über die politische Betätigung und die Ausübung der Meinungs-, Koalitions- und

Versammlungsfreiheit dürfen nicht Gegenstand einer staatschützerischen Überwachungstätigkeit sein. Dies ist denn auch ausdrücklich vom BWIS so vorgesehen.

Für den Regierungsrat bestünde im Fall einer Datenbearbeitung von türkisch- bzw. kurdischstämmigen Mitgliedern des Grossen Rates zudem ein untragbarer Widerspruch zu den grossen Integrationsbemühungen in den Schweizer Städten. Eine Fichierung von unbescholtenen Parlamentsmitgliedern, bloss weil sie biografisch einen Migrationshintergrund haben, würde die Glaubwürdigkeit der Integrationsbemühungen empfindlich zurückwerfen und damit essentielle Interessen des Stadtkantons Basel schädigen. Eine solche Fichierung wäre auch der Sicherstellung der gesellschaftlichen Kohäsion abträglich, die der Bundesrat im Bericht des Perspektivstabs der Bundesverwaltung als eines der vier Kardinalziele unter den Herausforderungen 2007 bis 2011 deklariert hat.

Zur Frage 2. (*Wer trägt dafür die politische Verantwortung ?*)

Wie einleitend ausgeführt, ist der Staatsschutz eine Bundesaufgabe. Ausgeführt wird er durch den Dienst für Analyse und Prävention des Bundesamts für Polizei. Dieser wiederum untersteht einerseits der Kontrolle durch das Departement sowie der Oberaufsicht der Bundesversammlung, welche diese durch die Geschäftsprüfungsdelegation der Eidgenössischen Räte (GPDel) ausüben lässt. Die politische Verantwortung für den Staatsschutz liegt damit beim Bund bzw. der von ihm beauftragten Nachrichtendienste.

Dem Regierungsrat kann aufgrund des nicht vorhandenen Einbezugs in die Struktur keine politische Verantwortung zukommen.

Zur Frage 3. (*Welche Möglichkeiten hat der Regierungsrat, die Aktivitäten des Staatsschutzes besser zu kontrollieren ?*)

Wie gezeigt, erfolgt die Kontrolle der Aktivitäten des kantonalen Staatsschutzes durch die GPK des Grossen Rates sowie den kantonalen Datenschutzbeauftragten im Rahmen der Kontrollmöglichkeiten, die das BWIS vorsieht. Aus dem Bericht der GPK ergibt sich denn auch, dass diese Kontrolle so ausgeübt worden ist und aufgrund der von der GPK eingeleiteten Massnahmen auch wirkungsvoll ist. Eine weitergehende Kontrollmöglichkeit auf kantonaler Ebene ist gesetzlich nicht vorgesehen.

Zur Frage 4. (*In welcher Form gedenkt der Regierungsrat, beim Bund vorstellig zu werden, um gegen die Fichierung der 6 Ratsmitglieder zu protestieren und die Datenvernichtung zu veranlassen ?*)

Dem Regierungsrat steht kein rechtliches Mittel zur Verfügung, welche die Datenvernichtung bewirken könnte. Dies muss gemäss BWIS durch die betroffene Person selbst beantragt werden.

Zur Frage 5. (*In welcher Form gedenkt der Regierungsrat beim Bund vorstellig zu werden, um ähnliche Vorfälle künftig auszuschliessen ?*)

Die GPK hat, wie sie in ihrem Bericht dargelegt hat, bereits eine Abklärung der Angelegenheit auf Bundesebene eingeleitet. Wie der Presse zu entnehmen ist, hat sich der Baselbieter Ständerat und Vizepräsident der Geschäftsprüfungsdelegation der Eidgenössischen Räte, Claude Janiak, bereits im Sinne einer umfassenden Aufklärung und Weichenstellung für die Zukunft geäussert.

Der Regierungsrat wird sich diesem Vorgehen mit einem Schreiben an das EJPD und an die Geschäftsprüfungsdelegation der Eidgenössischen Räte anschliessen, in welchem er die vorliegende Interpellationsantwort übermitteln und um rasche Aufklärung der Angelegenheit ersuchen wird.

Voten: *Beat Jans (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Urs Müller (Grünes Bündnis) hat Diskussion beantragt.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 32 Stimmen Diskussion.

Voten: *Rolf Häring (Grünes Bündnis); Greta Schindler (SP); Heidi Mück (Grünes Bündnis); Conradin Cramer (LDP); Brigitta Gerber (Grünes Bündnis); Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis); Jan Goepfert, Präsident der Geschäftsprüfungskommission; Sibel Arslan (Grünes Bündnis); Loretta Müller (Grünes Bündnis); Roland Stark, Grossratspräsident; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD); Urs Müller-*

Walz (Grünes Bündnis); Heinrich Ueberwasser (EVP); Bruno Jagher (SVP)

Die Dringliche Interpellation 08.5201 ist **erledigt**.

26. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Urs Müller und Konsorten betreffend Einführung von Open-Source (z.B. Linux) in der Kantonalen Verwaltung.

[26.06.08 09:50:19, FD, 03.7754.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 03.7754 abzuschreiben.

Michael Wüthrich (Grünes Bündnis): beantragt, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: Peter Howald (SP); Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis); Helmut Hersberger (FDP)

Zwischenfrage

von Michael Wüthrich (Grünes Bündnis).

Voten: RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis)

Der Grosse Rat beschliesst

mit 57 gegen 40 Stimmen, den Anzug 03.7754 **stehen zu lassen**.

27. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend Einführung eines ÖV-Fonds.

[26.06.08 10:12:11, FD, 07.5370.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 07.5370 zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Fraktionsvoten

Heiner Vischer (LDP): beantragt **Nichtüberweisung**.

Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis): beantragt **Überweisung als Motion**.

Voten: Felix Meier (SVP); Brigitte Heilbronner-Uehlinger (SP); Christian Egeler (FDP)

Einzelvoten

Voten: Jörg Vitelli (SP); Andreas Burckhardt (LDP); Stephan Maurer (DSP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 19 Stimmen, die Motion 07.5370 in einen Anzug umzuwandeln.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 19 Stimmen, den **Anzug 07.5370** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

30. Beantwortung der Interpellation Nr. 42 Patrizia Bernasconi betreffend neue IWB Praxis.

[26.06.08 10:37:12, BD, 08.5152.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis): beantragt Diskussion.

Der Grosse Rat beschliesst

Diskussion der Interpellation mit 38 gegen 38 Stimmen und dem Stichentscheid des Präsidenten.

Voten: *Jürg Meyer (SP); Ernst Jost (SP); Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 08.5152 ist **erledigt**.

31. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ruth Widmer und Konsorten betreffend Aufwertung von Hinterhöfen durch mehr Grünflächen.

[26.06.08 10:53:23, BD, 06.5064.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 06.5064 abzuschreiben.

Karin Haerberli Leugger (Grünes Bündnis): beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *Roland Engeler-Ohnemus (SP); RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 53 gegen 28 Stimmen, den Anzug 06.5064 **stehen zu lassen**.

32. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Kaufmann und Konsorten betreffend Löschwasserversorgung in Basel-Stadt.

[26.06.08 11:02:49, BD, 04.8094.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 04.8094 abzuschreiben.

Dieter Stohrer (EVP): beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 04.8094 ist **erledigt**.

33. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend umfassendes Verkehrskonzept für die Quartiere Klybeck und Kleinhüningen.

[26.06.08 11:10:15, BD, 05.8456.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 05.8456 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 05.8456 ist **erledigt**.

34. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kurt Bachmann und Konsorten betreffend Verkehrsprobleme und fehlender Planung in Kleinhüningen unter Berücksichtigung der Erschliessung und Nutzung weiterer Industrie- und Hafenableitungen sowie der rasanten Entwicklung des grenzüberschreitenden Güterschwerverkehrs.

[26.06.08 11:10:35, BD, 05.8467.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 05.8467 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 05.8467 ist **erledigt**.

35. Beantwortung der Interpellation Nr. 40 Daniel Stolz betreffend neuer Cluster in Basel dank neuen Technologien wie CSS.

[26.06.08 11:11:11, WSD, 08.5150.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Daniel Stolz (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5150 ist **erledigt**.

36. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend neues Integrationsmodell "Supported Employment".

[26.06.08 11:13:52, WSD, 06.5078.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 06.5078 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 06.5078 ist **erledigt**.

37. Beantwortung der Interpellation Nr. 32 Maria Berger-Coenen betreffend Zulassungsbestimmungen an der Pädagogischen Hochschule der FHNW.

[26.06.08 11:14:10, ED, 08.5139.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5139 ist **erledigt**.

38. Beantwortung der Interpellation Nr. 37 Hasan Kanber betreffend Verkehrssituation an Autobahnzollämtern bzw. neuralgischen Verkehrsknotenpunkten, insbesondere Autobahnzollamt Basel-Weil am Rhein - Auswirkungen von neuen Zollrichtlinien im internationalen Güterverkehr.

[26.06.08 11:14:26, SiD, 08.5147.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Hasan Kanber (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 08.5147 ist **erledigt**.

39. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Thomas Mall und Konsorten betreffend periodischer Überprüfung von Gesetzen, Vorschriften, Regelungen etc.

[26.06.08 11:15:51, JD, 06.5010.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 06.5010 abzuschreiben.

Thomas Mall (LDP): beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Voten: *Michael Martig (SP)*; *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 41 gegen 20 Stimmen, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 06.5010 ist **erledigt**.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Brigitta Gerber betreffend Rechtssicherheit bei Zwischennutzungen - Beispiel Erlenmatt (08.5206.01).
- Schriftliche Anfrage Brigitta Gerber zum Tod eines am 30. Mai 2008 am Unteren Rheinweg von der Polizei verfolgten Mannes (08.5207.01).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Schluss der Sitzung: 11:25 Uhr

Basel, 26. Juni 2008

Roland Stark
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär